

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst**  
**am 03.05.2018**

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 20:15 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitz**

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

**CDU**

Herr Bernd Henrichsmeier

Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)

Herr Klaus-Dieter Hoffmann

Herr Simon Lange

Herr Günter Möller

Herr Werner Thole - Vors. / RM

Herr Achim Tölke

**SPD**

Frau Ingeborg Abendroth

Herr Nesrettin Akay - Vors.

Frau Ursula Fecke

Frau Melanie Grbeva

Herr Patrick Mayregger

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Marc Burauen - Vors.

Herr Roland Lasche

**Die Linke**

Herr Hans-Dietmar Hölscher

**Parteiloses Mitglied**

Herr Karl-Hermann Vagt

Gäste

Frau Rosenträger                      Planungsbüro Tischmann/Schrooten                      (zu TOP 7)

Von der Verwaltung

Herr Ellermann	Bauamt	(zu TOP 6)
Herr Weigel	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Fliege	Bürgeramt	(zu TOP 8)
Frau Jack	Volkshochschule, Nebenstelle Stieghorst	(zu TOP 9)
Frau Wünscher	Umweltamt	(zu TOP 11)
Frau Iserlohn-Grafen	Umweltamt	(zu TOP 11 und 12)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötze	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmeegerätes aufgezeichnet werden.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier beantragt, die Tagesordnung um den Punkt „Erhalt der Poststelle in Sieker“ zu erweitern und begründet die Dringlichkeit. Er schlägt vor, die Tagesordnung entsprechend zu erweitern und den Dringlichkeitstagesordnungspunkt unter TOP 5.2 zu beraten.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verabschiedet den stellvertretenden Leiter des Bezirksamtes Heepen, Herrn Lötzke, der mit Ablauf des 31.07.2018 in den Ruhestand gehen und letztmalig die heutige Sitzung begleiten wird. Er bedankt sich im Namen der Bezirksvertretung für die gute Zusammenarbeit.

Die erweiterte Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst**

#### *a) Siedlung Alter Dreisch*

Frau Cooper (Vorsitzende der Bürgerinitiative Alter Dreisch e. V.) möchte wissen, ob inzwischen ein Gespräch zwischen dem Bauamt und der IWG, in deren Eigentum die Siedlung Alter Dreisch steht, stattgefunden habe. Weiterhin fragt sie nach, warum die Bürgerinitiative nicht zu einem solchen Gespräch eingeladen werde.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist dazu auf den Tagesordnungspunkt 6 zu diesem Thema und kündigt an, die Sitzung dann bei Bedarf für eine Einwohnerfragestunde zu unterbrechen.

#### *b) Schulwegsicherung Osningschule*

Herr Gül (Vorsitzender der Schulpflegschaft der Osningschule) möchte wissen, warum die Maßnahme zum Umbau des Wendebereiches an der Neuen Straße um ein Jahr verschoben werde. Die Elternschaft der Schule setze sich seit Jahren für schulwegsichernde Maßnahmen ein und habe kein Verständnis für diese Verschiebung. Herr Gül fragt nach, welche anderen Projekte dieser Baumaßnahme vorgezogen wurden.

Herr Skarabis verweist dazu auf die Mitteilung des Amtes für Verkehr unter dem Tagesordnungspunkt 3 zu diesem Thema. Er sichert die Weitergabe der Frage zu den anderen vorgezogenen Maßnahmen an die Verwaltung zu.

*c) Schließung der Postfiliale in Sieker*

Frau Renate Smattosch (Einwohnerin des Stadtbezirks Stieghorst) berichtet, dass sie sich im Rahmen der Initiative „Meckern beim Bäcker“ für den Erhalt der Postfiliale in Sieker einsetze. Sie weist darauf hin, dass vor Allem die älteren Bürgerinnen und Bürger darunter zu leiden hätten. Dadurch seien viele künftig gezwungen, mit dem Auto zur nächsten Filiale zu fahren. Die Initiative sammle Unterschriften gegen die Schließung und hoffe, dass die Politik Druck ausüben könne.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer macht deutlich, dass die Bezirksvertretung ein Interesse daran habe, dass die Bürgerinnen und Bürger ordentlich versorgt werden. Er verweist auf den Dringlichkeitsantrag zum Tagesordnungspunkt 5.2 der Sitzung.

*d) Verkehrssituation am Wandweg*

Herr Tobias Berkenkamp (Einwohner des Stadtteils Lämershagen) beklagt, dass am Wandweg die vorgeschriebene Geschwindigkeit von 30 km/h vielfach nicht eingehalten werde. Er möchte bauliche Veränderungen beantragen, damit dies künftig beachtet werde.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer dankt für die Anregung und sagt zu, diese im Rahmen des § 24 Gemeindeordnung an die Verwaltung weiterzuleiten und in der nächsten Sitzung wieder zu behandeln.

*e) Fahrbahnmarkierungen an der Oelkerstraße Höhe Freibad*

Herr Heinz-Jürgen Plöger (Vorsitzender des Fördervereines des Freibades Hillegossen) hat kurzfristig eine schriftliche Frage eingereicht, über die Herr Bezirksbürgermeister Schäffer berichtet. Herr Plöger bittet um Verbesserung der Parksituation am Freibad in Hillegossen, indem Fahrbahnmarkierungen Höhe Oelkerstraße 24 im Eingangsbereich bzw. im Bereich der Feuerwehrezufahrt vorgenommen werden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer berichtet, dass er bereits im vergangenen Jahr diesbezüglich mit dem Amt für Verkehr Kontakt aufgenommen hatte. Die Anordnung entsprechender Markierungsarbeiten sei im Oktober erfolgt, die witterungsbedingt aber erst in nächster Zeit erfolgen können.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass die schriftliche Frage nicht vor der Sitzung allen Mitgliedern der Bezirksvertretung zur Kenntnis gegeben wurde.

Da keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 1 \*

## Zu Punkt 2

### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 32. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 22.03.2018**

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach dem Ergebnis der Einwohnerfragen von Herrn Brunsperger aus der letzten Sitzung. Herr Skarabis erläutert, dass noch keine Antwort der Verwaltung vorliege.

Ohne Aussprache ergeht folgender

#### **B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 32. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 22.03.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

## Zu Punkt 3

### **Mitteilungen**

#### **I. Schriftliche Mitteilungen**

##### 3.1

#### **Abrechnungen nach dem KAG**

Das Amt für Verkehr hat den Stadtentwicklungsausschuss am 17.04.2018 u.a. über Abrechnungen nach dem KAG für eine im Stadtbezirk Stieghorst durchgeführte Maßnahme informiert. Beigefügt ist ein Auszug aus der Anlage zur Informationsvorlage Drucksache Nr. 6324/2014-2020.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.1\*

-.-.-

##### 3.2

#### **Programm des Freizeitentrums Stieghorst**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Flyer, der das Programm des Freizeitentrums Stieghorst für die Monate April bis August 2018 enthält.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.2\*

-.-.-

3.3

### **Schulwegsicherung Osningschule (BV Stieghorst, 22.02.2018, TOP 8)**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Schreiben des Amtes für Verkehr vom 12.04.2018 zum derzeitigen Planungsstand und dem weiteren Vorgehen zum Umbau des Wendebereiches in der Neuen Straße.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) erinnert daran, dass für die Sitzung am 18.01.2018 eine Beschlussvorlage erstellt wurde, die die Umsetzung der Maßnahme im Sommer 2018 vorsah. Nach drei Monaten erfolge nun eine Verschiebung um ein Jahr. Er habe die Bitte an die Verwaltung, dass eine bessere Abstimmung erfolge.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) drückt ihr Bedauern über die Verschiebung aus, da die Situation vor Ort sehr schwierig sei. Die Kinder seien hier im laufenden Verkehr gefährdet.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) weist darauf hin, dass erneut eine dunkle Jahreszeit bevorsteht, in der mit der vorhandenen Verkehrssituation umgegangen werden müsse. Er fragt sich, warum die Verschiebung der Maßnahme nur als Mitteilung erfolge, da es schließlich einen einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung dazu gegeben habe. Dies sei sicher schon eher absehbar gewesen; jetzt könne nicht mehr reagiert werden. Dies sei kein zielführendes Miteinander der Verwaltung und der beteiligten Gremien.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.3\*

-.-.-

3.4

### **Protokoll der Sitzung der Unfallkommission 2018-I**

Das Amt für Verkehr hat die Ergebnisse der letzten Sitzung der Unfallkommission übersandt. Die beschlossenen Maßnahmen, die den Stadtbezirk Stieghorst betreffen, können den beigefügten Protokollbögen entnommen werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.4\*

-.-.-

3.5

### **Beleuchtung auf dem Fußweg von der Glatzer Straße zur Kindertageseinrichtung Stettiner Straße sowie Arbeiten an den Außenanlagen der KiTa**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Antwortschreiben an Herrn Czuba auf

seine Einwohnerfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 22.02.2018 bezgl. der Beleuchtung auf einem Fußweg von der Glatzer Straße zur Kindertageseinrichtung Stettiner Straße sowie Arbeiten an den Außenanlagen der KiTa. Zu dem letztgenannten Anliegen ist weiterhin der Wortlaut der Mail des Umweltbetriebes vom 21.03.2018 an Herrn Czuba beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.5\*

-.-.-

## **II. Mündliche Mitteilungen**

3.6

### **Klassenbesetzungsübersicht für das Schuljahr 2017/2018 (BV Stieghorst, 22.02.2018, TOP 3.7)**

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Mitteilung des Amtes für Schule zur Frage der tatsächlichen Anzahl von Kindern im OGS-Bereich der Grundschule Hillegossen. Dort befinden sich zum Stichtag 23.04.2018 120 Schülerinnen und Schüler. Die ursprünglich genannte niedrigere Zahl war zum 15.10.2017 ermittelt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.6\*

-.-.-

3.7

### **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 12 „Wohngebiet Auf der Breede“ (BV Stieghorst, 22.03.2018, TOP 7)**

Herr Skarabis verweist auf den vor der Sitzung verteilten Auszug aus der nichtunterzeichneten Niederschrift der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.04.2018. Der Ausschuss habe die Vorlage mit dem Zusatz, dass die 25 %-Quote öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus einzuhalten sei, einstimmig beschlossen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.7\*

-.-.-

3.8

### **E-Mobilität; Ausbau der Ladeinfrastruktur in Bielefeld**

Herr Skarabis berichtet über eine Mitteilung des Umweltamtes zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge in Bielefeld. Das Thema sei umfassend im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und im Stadtentwicklungsausschuss behandelt worden. Die Installation neuer Ladesäu-

len sei für den Stadtbezirk Stieghorst in 2018 nicht vorgesehen. Da ein Ausbau in einer weiteren Stufe für das Jahr 2019 geplant sei, bittet Herr Skarabis zu überlegen, ob auch in Stieghorst Standortvorschläge für Ladestationen erfolgen können. Diese könnten dann gesammelt an die Fachverwaltung weitergegeben werden.

Herr Lange (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass das Thema im Fach-Ausschuss intensiv diskutiert worden sei. Es gebe in Stieghorst aus seiner Sicht genug geeignete Standorte. Er wundere sich darüber, dass jetzt nur eine Mitteilung erfolge und regt einen Tagesordnungspunkt dazu in der nächsten Sitzung an. Dann könne die Verwaltung dazu Stellung nehmen, welche Standorte geeignet seien.

Herr Skarabis weist darauf hin, dass es in den Ausschüssen jeweils eine Informationsvorlage gegeben habe. Eine Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung im Juni könne bei Interesse erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 3.8\*

-.-.-

#### **Zu Punkt 4 Anfragen**

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 4 \*

-.-.-

#### **Zu Punkt 5 Anträge**

##### **Zu Punkt 5.1 Hundefreilauffläche an der Straße Tackeloh**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6570/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

*„Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die Mittel, die für die Herrichtung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Hundefreilauffläche an der Straße Tackeloh in Stieghorst benötigt werden, in den Haushalt des Umweltamtes für das Jahr 2019 einzustellen.“*



Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) begründet den Antrag dahingehend, dass Auslaufflächen für eine artgerechte Haltung von Hunden erforderlich seien. Diese seien in Bielefeld zwar vorhanden, aber lägen zu weit von Stieghorst entfernt. Durch die Einrichtung einer solchen Fläche im Stadtbezirk werden Konflikte vielfältiger Art an anderen Stellen vermieden. Zudem sei diese Fläche für viele Hundehalter und Hundehalterinnen im Stadtbezirk auch fußläufig oder mit dem Fahrrad zu erreichen. Die genannte Fläche sei vom Umweltamt als geeignet befunden worden.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) führt aus, dass seine Fraktion sich aufgrund der voraussichtlichen jährlichen Kosten von 8.000 Euro für die Unterhaltung der Fläche nicht für den vorliegenden Antrag aussprechen könne. Zudem bestehen aufgrund einer fehlenden Umzäunung Sicherheitsbedenken. Eine Zustimmung sei seiner Fraktion daher nicht möglich.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet über den Antrag abzustimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die Mittel, die für die Herrichtung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Hundefreilauffläche an der Straße Tackeloh in Stieghorst benötigt werden, in den Haushalt des Umweltamtes für das Jahr 2019 einzustellen.**

Dafür:	9 Stimmen
Enthaltungen:	8 Stimmen
Dagegen:	---

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen –

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 5.1 \*

---

## **Zu Punkt 5.2 Erhalt der Poststelle in Sieker**

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor:

*„Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet das Vorstandsmitglied der Deutschen Post AG, Herrn Dr. Rainer Wend, sich für den Erhalt der von der Schließung betroffenen Poststelle in Sieker an der Endstation einzusetzen.“*

Er begründet den Antrag dahingehend, dass die Filiale immer sehr frequentiert gewesen sei, teilweise seien Warteschlangen bis auf die Straße

gebildet worden. Dass die Menschen sich künftig auf den Weg in die Stadt machen müssten, sei in keiner Weise nachvollziehbar. Zudem stehe das Gebäude im Eigentum der Deutschen Post AG. Er meine, dass Herr Dr. Rainer Wend aufgrund der regionalen Verbundenheit der richtige Ansprechpartner sei.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) signalisiert Unterstützung für den Antrag. Er weist darauf hin, dass parteiintern bereits das Gespräch mit Herrn Dr. Wend gesucht worden sei.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die BV Stieghorst bittet das Vorstandsmitglied der Deutschen Post AG, Herrn Dr. Rainer Wend, sich für den Erhalt der von der Schließung betroffenen Poststelle in Sieker an der Endstation einzusetzen.**

- einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 5.2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 6**

### **Antrag auf Erlass einer Erhaltungssatzung für die Siedlung Am Alten Dreisch -Anregung gem. § 24 GO- (aktueller Sachstand)**

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Ellermann (Leiter des Bauamtes) zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Ellermann berichtet, dass er am 19.04.2018 mit dem Geschäftsführer der IWG, Herrn Illmann, unter Beteiligung eines Mitarbeiters der Wohnungsaufsicht ein Gespräch im Bauamt geführt habe. Herr Illmann habe versichert, dass kein Abriss der Gebäude in der Siedlung Am Alten Dreisch erfolgen solle, sondern die Wohnungen, insgesamt 259, modernisiert und saniert werden sollen. In diesem Jahr sei dies für 60 Wohnungen geplant; für weitere solle dies im kommenden Jahr erfolgen. Im Einzelnen seien eine energetische Modernisierung der Fassaden, Fenster und Dachböden geplant, auch der Heiztechnik und Warmwasseraufbereitungen. Defekte Abwasserrohrleitungen sollen saniert werden. Es gebe Wohnumfeldverbesserungen wie die Errichtung von Müllstandflächen, Einbau von Videosprechanlagen, Erneuerung von Wohnungseingangstüren und Hauszugangstüren sowie der Treppenhausbeleuchtung.

Die kurzfristige Beseitigung der akuten Mängel wie durchgetretene Fußböden oder Durchfeuchtung durch zu kurze oder fehlende Abwasserrohre sei zugesagt worden. Herr Ellermann betont, dass dies überwacht werde und bei Nichteinhaltung entsprechende Maßnahmen ergriffen würden.

Die Leerstände, aktuell 20 bis 24 Wohneinheiten, sollten laut Herrn Illmann als Ausweichquartiere dienen, wenn einzelne Wohnungen durch die Modernisierungsmaßnahmen vorübergehend nicht nutzbar seien.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) drückt seine Verwunderung darüber aus, dass die Bürgerinitiative Alter Dreisch nicht in das Gespräch einbezogen werde. Er bittet die Folgen für die Mieterinnen und Mieter und auch die Unterschiede von Modernisierung, Sanierung oder Reparatur zu erläutern. Weiterhin möchte er wissen, ob bei einem notwendigen vorübergehenden Auszug im Zuge einer Modernisierung die Betroffenen einen Anspruch auf Rückkehr in ihre Wohnung bei gleichbleibender Miete haben.

Herr Hölscher (Die Linke) fragt nach, ob die IWG ihre Zusagen schriftlich bestätigt habe, und ob dies dann an die Bürgerinitiative weitergeleitet werden könne. Er fragt weiterhin nach, ob sicher sei, dass die Gebäude nicht verkauft würden und welche Folgen die beabsichtigten Maßnahmen haben könnten wie etwa Mieterhöhungen. Auch er kann nicht nachvollziehen, warum die Bürgerinitiative nicht in das Gespräch einbezogen werde, und fragt, inwieweit die IWG dies begründet habe.

Herr Ellermann stellt fest, dass die Beteiligung der Bürgerinitiative an dem Gespräch nicht von der IWG abgelehnt worden sei. Ihm selbst sei wichtig gewesen ein erstes Gespräch ohne Spannungen zu führen und den Eigentümer zunächst kennenzulernen.

Auf die gestellten Fragen erklärt Herr Ellermann, dass der Vermieter zur Durchführung von Reparaturen, gleichzusetzen mit Sanierung, verpflichtet sei. Modernisierungsmaßnahmen dienten der Verbesserung des Wohnumfeldes oder letztlich der Senkung des energetischen Verbrauchs. Die reinen Modernisierungskosten könne der Vermieter nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu 11 % auf die Mieterinnen und Mieter umlegen. Er gehe daher von einer Mieterhöhung aus. Auch nach einem kurzfristigen Verlassen der Wohnung hätten die Mieterinnen und Mieter einen Anspruch auf Rückkehr in die bisherige Wohnung.

Herr Ellermann teilt mit, dass ihm eine schriftliche Bestätigung der IWG der Zusagen aus dem persönlichen Gespräch vorliege. Da dies behördlicher Schriftverkehr sei, werde er Herrn Illmann fragen, ob das Schreiben an die Bürgerinitiative weitergegeben werden dürfe.

Einen Abriss oder einen Verkauf der Gebäude hält Herr Ellermann angesichts der beabsichtigten Millionen-Investition für unwahrscheinlich.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bedankt sich zunächst bei der Verwaltung, dass das gewünschte Gespräch stattgefunden habe. Man habe erfahren, dass 2018 und 2019 Modernisierungsmaßnahmen stattfinden sollen. Ihm fehle jetzt ebenfalls noch die Beteiligung der Bürgerinitiative. Er bittet dieser das vorliegende Schreiben möglichst zur Verfügung zu stellen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass für ihn auch nicht nachvollziehbar sei, warum die Bürgerinitiative nicht in das Gespräch einbezogen worden sei, und fordert diese im nächsten Schritt am Gespräch zu beteiligen. Er weist darauf hin, dass die Entscheidung über den Antrag auf Erlass einer Erhaltungssatzung nur aufgeschoben sei.

Herr Ellermann regt an, dass die Bezirksvertretung zu einem Gespräch einlade. Er habe der IWG vorgeschlagen, parallel zu der schriftlichen Anzeige der beabsichtigten Modernisierungsmaßnahmen, die nach gesetzlicher Regelung mindestens drei Monate vor Beginn erfolgen muss,

eine Veranstaltung mit allen Betroffenen durchzuführen. Diesen Vorschlag wollte Herr Illmann überdenken. Auf erneute Forderung von Herrn Akay sagt Herr Ellermann zu, dass er versuche den Eigentümer zu einem persönlichen Gespräch mit Beteiligung der Bürgerinitiative und der Politik zu bewegen.

Auf Nachfrage von Herrn Schliffer (FDP-Ratsmitglied) berichtet Herr Ellermann, dass er bei dem Gespräch mit Herrn Illmann nicht über den möglichen Erlass einer Erhaltungssatzung gesprochen habe. Er halte diese angesichts der beabsichtigten Modernisierungsmaßnahmen derzeit nicht für erforderlich; diese könne aber bei Bedarf von der Politik beschlossen werden.

Herr Mayregger (SPD-Fraktion) ist der Meinung, dass man heute nicht über den Erlass einer solchen Satzung entscheiden solle. Man müsse jetzt zunächst die Entwicklung beobachten.

In der folgenden Diskussion werden die unterschiedlichen Standpunkte von Herrn Ellermann und den Mitgliedern der Bezirksvertretung über Sinn und Zweck, eine Erhaltungssatzung zum aktuellen Zeitpunkt zu erlassen, und inwieweit diese als Druckmittel dienen kann, ausgetauscht.

*- Um 18.00 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -*

Frau Cooper (Vorsitzende der Bürgerinitiative Alter Dreisch) berichtet, dass schon 2011 ein Gespräch mit Herrn Illmann geführt worden sei. Er habe viel angekündigt, aber in der Folgezeit sei nichts passiert und es seien sehr schlechte Erfahrungen im Umgang mit der IWG gemacht worden. Sie habe ihre Wohnung inzwischen selbst instandgesetzt. Es würde in keinem Falle ein Einzelgespräch mit der IWG erfolgen. Sie setze auf ein gemeinsames Gespräch mit allen Betroffenen. Sie selbst würde sich einen Rückkauf der Siedlung durch die Stadt Bielefeld wünschen.

Weitere Bewohnerinnen und Bewohner bestätigen die geschilderten Erfahrungen und fragen nach dem Ablauf der geplanten Maßnahmen.

Auf die Frage nach den Rechten der Mieterinnen und Mieter stellt Herr Ellermann fest, dass die Stadt Bielefeld keine Beratung in mietrechtlichen Fragen anbieten dürfe. Zum Ablauf könne nur der Vermieter etwas sagen. Er sagt zu, sich für ein Gespräch vor dem Beginn der Modernisierung einzusetzen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer versichert die Bereitschaft, an einem solchen Termin teilzunehmen.

*- Um 18.10 Uhr schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde zur Fortsetzung der öffentlichen Sitzung. -*

Herr Lasche rät, zu einem Gespräch in der genannten Konstellation dann auch einen erfahrenen Anwalt hinzuzuziehen.

Herr Ellermann führt aus, dass die Behörde keine privatrechtlichen Belange regeln dürfe.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer dankt Herrn Ellermann für die Ausführungen und Informationen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 6 \*

-.-.-

Zu Punkt 7

**6. Änderung "Wohnen am Bollholz" des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 "Bollstraße" für das Gebiet südlich der Straße Am Bollholz, westlich der Stadtgrenze Bielefeld, nördlich der Bahnlinie Bielefeld - Lage sowie östlich der Straße Am Rollkamp**  
**- Stadtbezirk Stieghorst -**

**- Beschluss über Stellungnahmen**  
**- Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6392/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Weigel (Bauamt) und Frau Rosenträger (Planungsbüro Tischmann/Schrooten) zur Berichterstattung.

Frau Rosenträger erläutert kurz das bisherige Verfahren und die wesentlichen Änderungen und Einwendungen bis zum aktuellen Zeitpunkt (Immissionsschutz, Artenschutz, Änderung des Landschaftsplanes und des Geltungsbereiches). Die 25 %-Quote öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus sei inzwischen vertraglich mit dem Investor abgesichert. Aus der Öffentlichkeit seien zuletzt keine Stellungnahmen eingegangen.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) hinterfragt im Zusammenhang mit den Ausgleichszahlungen zur Aufwertung eines Spielplatzes an der Bollstraße den benannten Standort. Es sei eventuell der Spielplatz an der Boelkovenstraße gemeint. Sie möchte wissen, ob dann im Vorfeld eine Information über die beabsichtigten Maßnahmen erfolge.

Herr Weigel erläutert, dass der Spielplatz, der von der Boelkovenstraße erschlossen werde, gemeint sei. Dieser werde im Datenbestand als „Spielplatz Bollstraße“ geführt. Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen obliege dem Umweltamt. Er gehe von einer zeitnahen Durchführung aus. Dieses Verfahren obliege aber dem Fachamt.

Frau Fecke bittet weiterhin festzuhalten, dass für den geplanten Gehweg von der Planstraße am Rollkamp vorbei bis zum Haus Am Bollholz 6 der Investor Kostenträger sei. Sie habe dazu keine Ausführungen im Bebauungsplan gefunden.

Herr Weigel weist darauf hin, dass im Bebauungsplan die Verkehrsfläche

gesichert werde. Was darüber hinaus umzusetzen sei, werde vertraglich geregelt. Er gehe davon aus, dass der Erschließungsvertrag bis zum Satzungsbeschluss abgeschlossen sei.

Frau Fecke stellt fest, dass dieser bis dahin erfolgt sein müsse.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass er grundsätzlich für eine Bebauung in diesem Gebiet sei. Aber auf dieser landwirtschaftlichen Fläche seien viele kleine Wohneinheiten auf relativ großer Fläche geplant. Dafür gebe es beispielsweise an der Greifswalder Straße viele mehrgeschossige Wohneinheiten. Darin sehe er ein Ungleichgewicht und werde gegen die Vorlage stimmen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass man dies städtebaulich betrachten müsse. Mehrgeschossige Gebäude passten nicht überall. Die Bezirksvertretung habe sich drei Jahre mit diesem Bebauungsplan beschäftigt und jetzt müsse der Satzungsbeschluss erfolgen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) spricht sich ebenfalls dafür aus, jetzt zu entscheiden. Seine Fraktion werde mit der Hoffnung zustimmen, dass mögliche Auswirkungen auf die Bereiche Öffentlicher Personennahverkehr, Schule, KiTa und Kanalisation positiv gelöst werden könnten.

Herr Weigel stellt fest, dass das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- den Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten betrachtet habe und die Einrichtung einer neuen Kindertagesstätte im Stadtteil prüfe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über die Vorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

- 1. Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB wird gemäß Vorlage Anlage A.1 (Ifd. Nrn. 1-26) gefolgt, teilweise gefolgt bzw. nicht gefolgt, der Einarbeitung in das Planverfahren wird zugestimmt.**
- 2. Den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange im Verfahren gemäß § 4 (2) BauGB wird gemäß Anlage A.2 gefolgt (Ifd. Nrn. 9 - IHK Ostwestfalen zu Bielefeld, 11 - Gemeinde Leopoldshöhe), teilweise gefolgt (Ifd. Nr. 12 - Untere Naturschutzbehörde) bzw. nicht gefolgt (Ifd. Nr. 13 - Untere Wasserbehörde). Die sonstigen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange mit allgemeinen Hinweisen oder Bedenken werden gemäß Anlage A.2 zur Kenntnis genommen (Ifd. Nrn. 1 - Polizeipräsidium Bielefeld, 2 - Eisenbahn-Bundesamt, 3 - Deutsche Bahn AG, 4 - Bezirksregierung Detmold, 5 - Landesbetrieb Wald und Holz NRW, 6 - Landwirtschaftskammer NRW, 7 - Deutsche Telekom Technik GmbH, 8 - Stadtwerke Bielefeld GmbH, 10 - IHK Lippe zu Detmold, 14 - Untere Immissionsschutzbehörde, 15 - Untere Denkmalbehörde).**

3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Anlage A.3, Punkte A.3.1 bis A.3.10 beschlossen.
4. Die 6. Änderung „Wohnen am Bollholz“ des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 „Bollstraße“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
5. Die Begründung zur 6. Änderung „Wohnen am Bollholz“ des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 „Bollstraße“ mit ihren Bestandteilen wird gebilligt.
6. Der Satzungsbeschluss für die 6. Änderung „Wohnen am Bollholz“ des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 „Bollstraße“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

Dafür: 15 Stimmen  
 Enthaltungen: 1 Stimme  
 Dagegen: 1 Stimme

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 7 \*

-.-.-

## Zu Punkt 8

### Bericht zur aktuellen Situation in der Bürgerberatung

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6415/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Fliege (Leiter des Bürgeramtes) zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass durch den vorliegenden Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt der SPD-Fraktion und des Vertreters der Partei Die Linke der Druck auf die Verwaltung und den Oberbürgermeister so hoch werde, dass die Öffnungszeiten der Filiale in Hillegossen wieder ausgeweitet werden. Er weist darauf hin, dass dort für viele Bürgerinnen und Bürger eine Vertrauensperson sitze. Hier könnten schon viele Fragen im Vorfeld erledigt werden. Herr Henrichsmeier vertritt die Ansicht, dass eine Person aus der Bürgerberatung Mitte ihre Arbeitsstunden in Hillegossen leisten könne. Er sehe somit keine höheren Personalkosten, da sich nur der Einsatzort ändere. Die Digitalisierung müsse vorangetrieben werden, könne aber die Ansprache vor Ort nicht ersetzen. Da seine Fraktion das gleiche Anliegen habe und einen entsprechenden Antrag gestellt hätte, signalisiert er Unterstützung.

Herr Hölscher (Die Linke) weist darauf hin, dass die Erweiterung der Öffnungszeiten der Bürgerberatung in ähnlicher Form bereits im März letz-

ten Jahres gefordert worden sei. Den aktuellen Vorschlag der Verwaltung, einen Nachmittag zusätzlich zu öffnen, halte er, auch abgesehen von dem gesamten Zeitumfang, für zu knapp. Er plädiert für eine Öffnung bis 18.00 Uhr. Er bittet dies zu überdenken. Zur geplanten Ausweitung des Online-Angebotes weist er darauf hin, dass dies ein Prozess von mehreren Jahren sei. Auch habe nicht jeder einen Internetzugang. Er halte den persönlichen Kontakt vor Ort ebenfalls für unerlässlich. Erst wenn das Online-Angebot greife oder dazu führe, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerberatung nicht mehr ausgelastet seien, könnte aus seiner Sicht darüber nachgedacht werden, Öffnungszeiten einzuschränken.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) fühlt sich durch die Zahlen der Informationsvorlage in der Überzeugung bestärkt, dass die Öffnungszeiten nicht ausreichen. Die festgestellten Wartezeiten seien nicht zufriedenstellend und auch nicht zumutbar.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) stellt fest, dass es entgegen den Erwartungen bisher kaum Online-Angebote gebe, und kritisiert, dass deren Ausweitung zu lange dauere. Zunächst müsse die Verwaltung in Vorleistung treten und entsprechende Angebote machen; dann könne das Personal reduziert werden. Er weist darauf hin, dass es Wartezeiten nicht nur in Hillegossen, sondern auch in Mitte gebe. Eine Terminvergabe könne in den Ortsteilen nicht komplett erfolgen, da ansonsten die Wartezeit vor Ort verkürzt sei, aber grundsätzlich auf einen Termin zunehme. Aus seiner Sicht werde im Bereich des Online-Angebotes zu wenig getan.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass das Problem digital gelöst werden könne. Es gebe zu viel bürokratischen Aufwand und Vorbehalte gegen eine Digitalisierung.

Herr Fliege stellt fest, dass die Wartezeiten auch aus Sicht der Verwaltung an vielen Stellen zu lang seien. Daran müsse über den Ausbau von Online-Diensten oder einer Einführung der Terminvergabe gearbeitet werden. Er berichtet, dass es ein Landesprojekt „Digitale Modellregionen in Nordrhein-Westfalen“ gebe, bei dem die Stadt Bielefeld im Bereich Digitales Bürgerbüro einbezogen werden solle. Es bestehe ein hohes Interesse, dass das Projekt vorangehe, aber bisher sei das Land wenig initiativ geworden.

Nach Angaben von Herrn Fliege sei kurzfristig geplant, das bestehende Online-Angebot durch die Möglichkeit, Bewohnerparkausweise und die Einrichtung von Übermittlungs- und Auskunftssperren zu beantragen, zu erweitern. Für das Melderecht gebe es rechtliche Hindernisse für ein Online-Angebot; diese könnten erst nach einer Änderung der bundesgesetzlichen Regelungen ausgeräumt werden.

Herr Fliege weist darauf hin, dass diejenigen, die die Online-Angebote nutzen, auch denen helfen, die diese nicht wahrnehmen können, weil die Nutzerinnen und Nutzer dann nicht mehr vor Ort erscheinen.

Zur Terminvergabe verweist Herr Fliege auf andere Städte und die Zulassungsstelle der Stadt Bielefeld, die diese erfolgreich eingeführt habe. Darin sehe er auch eine Lösung für die Bürgerberatung, die Filiale in Hillegossen eingeschlossen.

Herr Schlifter zeigt sich überzeugt, dass zahlreiche Prozesse digital umsetzbar seien. Er fordert, dass keine Wartezeit auf einen Termin entste-



hen dürfe. Auch dürfe man sich nicht auf das Landesprogramm verlassen, das nur eine zusätzlich Option sei. Er möchte wissen, ob es einen konkreten Zeitplan für die Online-Einführung weiterer Dienstleistungen gebe.

Herr Fliege berichtet über die bereits genannten Antragsmöglichkeiten, die konkret online angeboten werden sollen.

Er weist darauf hin, dass man im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten arbeiten müsse und auch keine andere Kommune ein wirklich überzeugendes umfassendes Online-Angebot habe. Antrags-Vordrucke digital vorzuhalten, reiche nicht aus.

Es sei beabsichtigt, Termine kurz-, langfristig als auch einen Teil im Rahmen des Tagesbedarfes zu vergeben.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer stellt den Antrag der SPD-Fraktion und des Vertreters der Partei Die Linke zur Abstimmung, der zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt und vor der Sitzung an die Mitglieder der Bezirksvertretung verteilt wurde.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet Oberbürgermeister Clausen um die Wiedereinführung der alten Öffnungszeiten (= 24 Stunden statt aktuell 6 Stunden) in der Bürgerberatung Hillegossen.**

Dafür:	16 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme
Dagegen:	---

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 8 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 9**

### **Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Stieghorst - Studienjahr 2018/2019**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6376/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Frau Jack (Leiterin der Nebenstelle Stieghorst der Volkshochschule), die über ein aus ihrer Sicht gutes Jahr für die Nebenstelle, vor allem im Fachbereich Gestaltung, be-

richtet.

Probleme gebe es weiterhin in der Raumsituation in der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule. Es sei nur eine Küche nutzbar, teilweise gebe es nicht pünktlich aufgeschlossene, unbeheizte oder unsaubere Räume. Der Kontakt zu den Hausmeistern sei besser geworden, aber aufgrund der geschilderten Bedingungen seien Sprachkurse abgesagt worden. Zu Anfragen zur Raumnutzung für Kurse zum Nähen und Keyboard-Spielen gab es keine Zustimmung der Schulleitung. Sie habe dann einen Raum in Heepen finden können.

Frau Jack weist auf einen Vortragstermin für historische Interessierte im November hin und lädt dazu ein.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bedankt sich bei Frau Jack für die Vorstellung des Programms. Auf die kritische Frage nach den angebotenen Tanzkursen berichtet Frau Jack, dass die Stieghorster sehr tanzfreudige Menschen seien und es deutliche Nachfrage zu besonderen Tanzangeboten gebe.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich ebenfalls bei Frau Jack für ihr Engagement. Er möchte Genaueres über die räumlichen Schwierigkeiten wissen. Er regt ein Angebot zur Geschichte des Ortsteiles Sieker, auch in Kombination mit Stieghorst an.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) lobt das neue Programm. Er regt an, dass man wegen der Räumlichkeiten mit Unterstützung des Bezirksbürgermeisters oder des Bezirksamtes innerhalb der Verwaltung den Kontakt suchen solle.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sichert zu, auf die Schulleitung zuzugehen. Auf seine Nachfrage stellt Frau Jack fest, dass ein Ausweichen auf andere Räume möglich sei, sofern gewisse Standards erfüllt werden wie ein Internet-Anschluss bei Sprachkursen und erwachsenengerechte Ausstattung.

Herr Skarabis bittet Frau Jack, die konkret bisher aufgetretenen Probleme zu schildern, damit dies an die Verwaltung weitergegeben werden könne.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt das VHS-Programm 2018/2019 für den Stadtbezirk Stieghorst.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 9 \*

-.-.-

## Zu Punkt 10

### Parkplatz am Osningsstadion: Verbesserung des baulichen Zustandes

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die übermittelten Informationen der Verwaltung.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) schlägt im Namen seiner Fraktion vor, folgenden Beschluss zu fassen:

*„Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt die Instandsetzung des Parkplatzes am Osningsstadion (komplette Umgestaltung mit 77 Stellplätzen).*

*Der Immobilienservicebetrieb (ISB) wird gebeten die Haushaltsmittel in Höhe von circa 200.000 € in den Wirtschaftsplan 2019 einzustellen. Gleichzeitig wird der UWB gebeten, alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten (Planung, Baugrunduntersuchung, Vorbereitung der Ausschreibung, etc.), um die Maßnahme nach Verabschiedung des Wirtschaftsplanes des ISB kurzfristig ausführen zu können.“*

Herr Thole führt dazu aus, dass es sich zwar um eine hohe Summe handle. Die andere vorgestellte Lösung mit einer Aufschotterung der Parkfläche sei aber wenig haltbar. Dieser Belag müsse dann nach kurzer Zeit erneuert werden. Dies rechne sich auf Dauer nicht.

Seine Fraktion schlage daher die sogenannte „große Lösung“ vor.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bestätigt für seine Fraktion die gleiche Sichtweise und verweist dazu auf den Antrag, der im letzten Jahr gestellt worden sei. Er signalisiert Unterstützung.

Es ergeht folgender

#### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt die Instandsetzung des Parkplatzes am Osningsstadion (komplette Umgestaltung mit 77 Stellplätzen).**

**Der Immobilienservicebetrieb (ISB) wird gebeten die Haushaltsmittel in Höhe von circa 200.000 € in den Wirtschaftsplan 2019 einzustellen. Gleichzeitig wird der UWB gebeten, alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten (Planung, Baugrunduntersuchung, Vorbereitung der Ausschreibung, etc.), um die Maßnahme nach Verabschiedung des Wirtschaftsplanes des ISB kurzfristig ausführen zu können.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 10 \*

-.-.-

## Zu Punkt 11

### Projekt „Zukunftsfit Wandern“ des Europäischen Fond für regionale Entwicklung EFRE

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6530/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister begrüßt Frau Wünscher und Frau Iserlohn-Grafen vom Umweltamt für die Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Wünscher berichtet, dass das Projekt „Zukunftsfit Wandern“ bereits seit 1 ½ Jahren laufe. Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert sie die Projektziele im Einzelnen (Qualitätssteigerung und zeitgemäße Rekonstruktion des Wanderangebotes, Förderung von Tourismus) ebenso wie die beabsichtigte Unterteilung der Wanderwege in verschiedene Kategorien.

Die Wander-Infrastruktur sei derzeit nicht in gutem Zustand; Wanderwege verlaufen teilweise parallel. Eine einheitliche Beschilderung solle erfolgen; Bänke sollen instandgesetzt werden. Eine Pflege der Wege erfolge durch den Teutoburger Wald-Verein. Nicht nur Wege, auch Gastgeber, sollen zertifiziert werden. Am Anfang und Ende des Wanderweges sollen Tafeln errichtet werden, die alle Wanderwege des Gebietes aufzeigen.

Bisher sei eine Bestandsaufnahme durch einen privaten Dienstleister erfolgt. Der Aufbau eines Katasters sei geplant, in dem alle Wegweiser, Mülleimer, Bänke, etc. mit GPS-Daten erfasst werden.

In Stieghorst fehlten zwei Wege und ein Naturpark-Trail auf der Vorlage, die Frau Wünscher kurz erläutert. Die Karte sei online einsehbar.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier fragt nach, ob auch eine Abstimmung mit dem Naturpark Teutoburger Wald/ Eggegebirge erfolge. Dies wird von Frau Wünscher bejaht.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bedankt sich für die umfangreichen Informationen und signalisiert Zustimmung.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob für Ortsfremde auf den Beschilderungstafeln auch Links gegeben sind, um künftig auf die GPS-Daten zugreifen zu können. Nach Angaben von Frau Wünscher sollen diese Daten nach Ende des Projektes über den sogenannten Teuto-Navigator zur Verfügung stehen. Herr Lasche fragt weiterhin nach einer Karte mit eingezeichneten Wanderwegen. Es erfolgt der Hinweis von Frau Iserlohn-Grafen, dass die Wanderwege auch im Stadtplan enthalten sind.

Auf kritische Nachfrage von Herrn Hoffmann (CDU-Fraktion) erläutert Frau Wünscher, dass es den von ihr verwandten Begriff „Naturpark-Trail“ schon länger gebe und dieser beibehalten werde.

Es ergeht folgender

## **B e s c h l u s s:**

**Die Einordnung der Wanderwege in die Kategorien A bis E wird nachvollzogen und zustimmend zur Kenntnis genommen.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 11 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 12**

### **Erlass einer Allgemeinverfügung nach § 58 Abs. (4) Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) und Festlegung von Reitverboten nach § 58 (5) LNatSchG auf ausgewählten Wanderwegen (Reitwegekonzept)**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6538/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Frau Iserlohn-Grafen (Umweltamt), die zum Thema berichtet.

Frau Iserlohn-Grafen erläutert, dass das Reiten im Wald nach dem Landesnaturschutzgesetz bisher nur auf gekennzeichneten Wegen erlaubt gewesen sei. In Bielefeld gab es für bestimmte Waldbereiche ein Reitwegegebot.

In allen anderen Waldgebieten durfte auf Wegen geritten werden, gekennzeichnete Wanderwege waren für das Reiten gesperrt.

Sie erläutert die Änderung der gesetzlichen Regelung ab 01.01.2018 anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Für die Stadt Bielefeld werde künftig weiterhin die Beschränkung auf Reitwege für bestimmte Wälder vorgeschlagen. Stark genutzte Wanderwege sollten für Reiterinnen und Reiter gesperrt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet, in Lämershagen den Bereich zwischen dem Hermannsweg und dem Wandweg ebenfalls in das Gebiet mit Allgemeinverfügung nach § 58 Absatz 4 Landesnaturschutzgesetz einzubeziehen.

Dagegen regt sich kein Widerspruch.

Unter Berücksichtigung dieser Erweiterung ergeht folgender

## **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretungen empfehlen dem AfUK und der AfUK beschließt dem Reitwegekonzept mit dem Erlass einer Allgemeinverfügung nach § 58 Abs. 4 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) für**

## die Gebiete

- Köcker Wald,
- Bockschatzhof,
- Wald am Westkampweg,
- Teutoburger Wald östlich der Bodelschwinghstr, südlich des Hermannsweges, in Lämershagen nördlich des Hermannsweges und südlich des Wandweges,

sowie der Sperrung der Wanderwege Hermannsweg, Von Burg zu Berg ( Gadderbaum A 8) und den Ems-Lutter-Weg für Reiter/innen nach § 58 Abs. 5 LNatSchG zuzustimmen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 12 \*

-.-.-

## Zu Punkt 13

### Verwendung der bezirklichen Sondermittel 2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet um Vorschläge.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) moniert, dass auf der den Mitgliedern der Bezirksvertretung zur Verfügung gestellten Gegenüberstellung der Vorschlag der CDU-Fraktion fehle, 5.000 Euro für die Beleuchtung des Fußweges zwischen Stettiner Straße (Kindertagesstätte) und Glatzer Straße (Freizeitzentrum) zu verwenden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) wendet ein, dass die Maßnahme in die Prioritätenliste der Tiefbaumaßnahmen 2019 ff. aufgenommen werden solle. Er spricht sich für eine Abstimmung über die beiden Gesamtvorschläge aus.

Herr Thole beantragt zunächst über diesen Einzelvorschlag der CDU-Fraktion abzustimmen.

Es ergeht folgender

### B e s c h l u s s:

**Aus den bezirklichen Sondermitteln der Bezirksvertretung Stieghorst für das Jahr 2018 sollen 5.000 Euro für die Installation einer Beleuchtung an dem Fußweg zwischen Stettiner Straße (Kindertagesstätte) und Glatzer Straße (Freizeitzentrum) verwendet werden.**

Dafür: 8 Stimmen  
Enthaltungen: ---  
Dagegen: 9 Stimmen

- mit Mehrheit abgelehnt -

Herr Thole beantragt auch über die weiteren Verwendungsvorschläge einzeln abzustimmen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet um Abstimmung über diesen Vorschlag.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Über die Vorschläge der Fraktionen zur Verwendung der Sondermittel 2018 wird einzeln abgestimmt.**

Dafür: 7 Stimmen  
Enthaltungen: 1 Stimme  
Dagegen: 9 Stimmen

- mit Mehrheit abgelehnt -

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet um Abstimmung über den Vorschlag, über die Listen insgesamt abzustimmen.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Über die Vorschläge der Fraktionen zur Verwendung der Sondermittel 2018 wird insgesamt abgestimmt.**

Dafür: 9 Stimmen  
Enthaltungen: 1 Stimme  
Dagegen: 7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen –

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die vorgelegte Liste der SPD-Fraktion und bittet darüber abzustimmen:

- Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Eva-Gahbler-Hauses	1.000 €
- Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Jugendhauses	1.000 €
- Förderverein der Osningschule Sachkostenzuschuss	500 €
- Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Bielefeld Zuschuss zur Durchführung der Hausaufgabenhilfe an der Grundschule Hillegossen	1.000 €
- Diakonie für Bielefeld Zuschuss zum Betrieb der Spielwohnung Lipper Hellweg	750 €
- Gesellschaft für Sozialarbeit Zuschuss zum Betrieb des Kinderhauses Alter Dreisch	500 €
- Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Unterstützung der Arbeit der „Stadtteilmütter“ in Sieker	1.000 €
- SV Ubbedissen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuS „Einigkeit“ Hillegossen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuRa 06 Bielefeld e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuS Eintracht Bielefeld e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	400 €
- SC Lämershagen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	200 €
- Bürgerinitiative Alter Dreisch Sachkostenzuschuss	200 €
- Förderverein Grundschule Ubbedissen Sachkostenzuschuss	500 €
- Förderverein Grundschule Hillegossen Sachkostenzuschuss	500 €
- Förderverein Grundschule Stieghorst Sachkostenzuschuss	500 €
- Garten-Kultur-Verein(t) Sieker e. V. Sachkostenzuschuss	700 €
- Kindertageseinrichtung Regenbogen Sachkostenzuschuss	200 €
- Aufstockung der Repräsentationsmittel des Bezirks- bürgermeisters	250 €

Weiterhin wird vorgeschlagen, einen Beitrag für die Gestaltung des Innenkreisels an der Hillegosser Kreuzung in Höhe von 1.500 Euro aus den Sondermitteln vorzuhalten.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die bezirklichen Sondermittel 2018 werden wie folgt verwendet:**

- <b>Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Eva-Gahbler-Hauses</b>	<b>1.000 €</b>
- <b>Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Jugendhauses</b>	<b>1.000 €</b>



- Förderverein der Osningschule Sachkostenzuschuss	500 €
- Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Bielefeld Zuschuss zur Durchführung der Hausaufgabenhilfe an der Grundschule Hillegossen	1.000 €
- Diakonie für Bielefeld Zuschuss zum Betrieb der Spielwohnung Lipper Hellweg	750 €
- Gesellschaft für Sozialarbeit Zuschuss zum Betrieb des Kinderhauses Alter Dreisch	500 €
- Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Unterstützung der Arbeit der „Stadtteilmütter“ in Sieker	1.000 €
- SV Ubbedissen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuS „Einigkeit“ Hillegossen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuRa 06 Bielefeld e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	750 €
- TuS Eintracht Bielefeld e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	400 €
- SC Lämershagen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	200 €
- Bürgerinitiative Alter Dreisch Sachkostenzuschuss	200 €
- Förderverein Grundschule Ubbedissen Sachkostenzuschuss	500 €
- Förderverein Grundschule Hillegossen Sachkostenzuschuss	500 €
- Förderverein Grundschule Stieghorst Sachkostenzuschuss	500 €
- Garten-Kultur-Verein(t) Sieker e. V. Sachkostenzuschuss	700 €
- Kindertageseinrichtung Regenbogen Sachkostenzuschuss	200 €
- Aufstockung der Repräsentationsmittel des Bezirks- bürgermeisters	250 €

**Für die Gestaltung des Innenkreisels an der Hillegosser Kreuzung wird ein Betrag in Höhe von 1.500 Euro aus den Sondermitteln zurückgestellt.**

Dafür: 9 Stimmen  
Enthaltungen: ---  
Dagegen: 8 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen –

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 13 \*

---

**Zu Punkt 14**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Zur Sitzung liegen keine Informationspunkte vor.

\* BV Stieghorst - 03.05.2018 - öffentlich - TOP 14 \*

-.-.-

---

Reinhard Schäffer  
Bezirksbürgermeister

---

Anke Machnik  
Schriftführerin